



NEWSLETTER

01

2025

JANUAR
FEBRUAR

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT

 **Bundestagsbüro Berlin**
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030 / 22 77 12 60

 www.nezahat-baradari.de/

 <https://www.facebook.com/Baradari2023/>

 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

RICHTUNGSENTSCHEIDUNG:
BUNDESTAGSWAHL
AM 23. FEBRUAR!



Weit über den Wahltag hinaus ...



Schluß mit Rechts im Deutschen Bundestag
beim Gesetzentwurf zur „Zustrombegrenzungsrichtlinie“ am 31. Januar 2025

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Kurz vor der Bundestagswahl überschlagen sich nochmal die Ereignisse. Sie lassen nichts Gutes ahnen für die nahe Zukunft und verlangen eine besonnene Politik und ein besonnenes Regierungshandeln über den Tag hinaus.

Die Union will mit ihrem **Fünf-Punkte-Plan die Migrationspolitik** drastisch verschärfen, und am 29. Januar brachte Friedrich Merz mit den Stimmen der AfD einen Entschließungsantrag durch den Bundestag, der bundesweit für Empörung sorgte. Erstmals lud die CDU die AfD als Mehrheitsbeschafferin im Bundestag ein – ein Schritt, den die AfD dankend annahm und der weit über den Wahltag hinaus wirken wird. Dieses Thema dominierte weite Teile des Wahlkampfes.

Unserem Bundeskanzler und erneutem Kanzlerkandidat Olaf Scholz stimme ich aus ganzem Herzen zu, wenn er den 29. Januar in der ARD-Sendung „Maischberger“ zur Recht als „Tabubruch“ und als einen „wahr-



scheinlich ganz bedeutender Tag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“. Die Union habe den „Konsens, dass es keine Zusammenarbeit der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten gibt“ aufgekündigt. Diesen hat es die ganze Nachkriegsgeschichte über unter den Demokraten in Deutschland gegeben: „Heute ist das passiert.“ Und wirkt weit über den Wahltag am 23. Februar hinaus ...

Aber nicht nur das wirkt weit über den Wahltag hinaus. Der Wahlkampf wurde auch von drei **Anschlägen in Magdeburg, in Aschaffenburg und in München** auf Menschengruppen in kurzer Zeit überschattet. Für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer bedeutet dies, sich zu einem sensiblen Thema zu äußern, das zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Diese Anschläge beschleunigen sowohl das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger als auch eine seit langem schwelende Sehnsucht nach einfachen Antworten. Entsprechend plakativ fallen die Antworten aus und die in Teilen rechtsextreme AfD prägt mit ihrem klaren Anti-Migrationskurs den Diskurs bis weit in die Mitte auch der demokratischen Parteien. Keine Frage: Die Justiz muss mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln hart gegen diese Täter vorgehen und wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, die uns zur Verfügung stehen. Dass diese Täter nicht nur hart bestraft werden und ins Gefängnis müssen, sondern auch damit rechnen müssen, dass sie ihren Aufenthalt in Deutschland nicht fortsetzen können. Es bewegt sich etwas in diesem Land. Weit über den Wahltag hinaus...

Andere Themen treten vor der Migrationsdebatte leidet in den Hintergrund. Was ist zum Beispiel mit der Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft? Was ist mit dem Wirtschaftsstandort Deutschland mit guten, tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen in Industrie, Dienstleistung und Handwerk? Was ist mit Gesundheitspolitik, Klima und Energie und so vielem mehr, was den Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennt?

Beispiele für eine seriöse **Wirtschaftspolitik**: Damit die deutsche Wirtschaft in Zukunft wieder wächst, muss ein besonderes Augenmerk auf die Strompreise

gelegt werden. Die Netzentgelte sollten so schnell wie möglich auf drei Cent pro Kilowattstunde gedeckelt werden.

Außerdem sollten Unternehmen, die in neue Anlagen oder Technologien investieren, künftig zehn Prozent der Investitionssumme direkt über eine Steuerrückstattung erstattet bekommen. Ein zunächst mit 100 Milliarden Euro ausgestatteter Deutschlandfonds soll mit öffentlichem und privatem Kapital Zukunftsinvestitionen etwa in Strom- und Wärmenetze, E-Ladesäulen oder den Wohnungsbau fördern.

Ganz wichtig: Wir müssen die Schuldenbremse reformieren. Sie passt nicht zu den Herausforderungen unserer Zeit.

Wir müssen die Wirtschaft durch mehr Binnennachfrage ankurbeln. 95 Prozent der Menschen können steuerlich entlastet werden und vor allem hohe Einkommen und Vermögen müssen sich stärker an der Finanzierung des Staates beteiligen.

Ich bin mir sicher: Eine solche Wirtschaftspolitik würde über den Wahltag hinaus wirken!

Auf der **Münchener Sicherheitskonferenz** platze eine Bombe, deren Zündschnur schon lange gelegt war. Je näher der Amtsantritt von Donald Trump rückte, desto deutlicher wurde: Die neue US-Regierung und die Regierungen vieler europäischer Staaten driften auseinander, in der „transatlantischen Partnerschaft“ klaffen erhebliche Lücken.

Am deutlichsten brachte der Bundespräsident auf der Sicherheitskonferenz sein Unverständnis über Donald Trump zum Ausdruck: In ungewöhnlich deutlichen Worten warnte er vor der amerikanischen Außenpolitik unter Donald Trump und versprach den deutschen Partnern Verlässlichkeit.

Steinmeier sagte: „Die neue amerikanische Administration hat ein sehr anderes Weltbild als wir. Eines, das keine Rücksicht nimmt auf etablierte Regeln, auf Partnerschaft und gewachsenes Vertrauen. Es



ist nicht im Interesse der Staatengemeinschaft, dass dieses Weltbild das dominierende Paradigma wird. Regellosigkeit darf nicht zum Leitbild für eine Neuordnung der Welt werden“.

Mahnend zeigte sich der Bundespräsident auch besorgt über die Machtkonzentration bei einigen wenigen Unternehmern in den USA. „bildet sich in den USA derzeit eine historisch beispiellose Konzentration von technologischer, finanzieller und politischer Macht heraus. Als Demokrat macht es mir größte Sorge, wenn eine kleine unternehmerische Elite die Macht, die Mittel und den Willen hat, einen wesentlichen Teil der Spielregeln liberaler Demokratien neu zu bestimmen. Und erst recht macht mir Sorge, wenn einige aus dieser Elite aus ihrer Verachtung für Institutionen und Normen unserer Demokratie keinen Hehl machen. Was heute auf dem Spiel steht, ist die Selbstbehauptung unserer Demokratie!“

Wir dürfen nicht vergessen: Unter dem Deckmantel der „deutsch-amerikanischen Freundschaft“ hat es auch nach dem Zweiten Weltkrieg immer **Interessengegensätze zwischen den USA und (den) europäischen Staaten** gegeben. In den sechziger Jahren manifestierten sich diese in Deutschland in den unterschiedlichen Strömungen der „Atlantiker“ und der „Gaulisten“.

Die Gaulisten strebten eine engere Anbindung an Frankreich und damit an Europa an. Die „Atlantiker“ hingegen gaben den Beziehungen zu den USA den Vorrang. Dieser Konflikt prägt die deutsche Außenpolitik seit ihrer Gründung. Mal mehr, mal weniger ausgeprägt. Die USA konzentrieren sich seit Jahren auf ihren größten globalen Konkurrenten China, weg von Europa.

Dass Europa mehr Verantwortung und Eigenständigkeit übernehmen muss, ist für fast alle Akteure zur Gewissheit geworden. Selbst der militärische Schutz durch die USA wird brüchig. Nach dieser Sicherheitskonferenz noch mehr.

Die Trump-Administration will den Ukraine-Krieg bilateral mit Russland „lösen“. Europa und erst recht die Ukraine fühlen sich übergangen und suchen nach „einer Stimme“. Ein großes Hindernis scheint mir auch Europa selbst zu sein, denn Europa spricht zu selten mit einer Stimme, weder in der Rüstungs- noch in der

Wirtschaftspolitik. Auch hier dominieren Einzelinteressen oft zu sehr das politische Handeln. Europa muss sich erst einmal darüber klar werden, was es will – und was nicht! Wie das alles ausgeht, ist völlig offen und wird uns weit über den Wahltag hinaus beschäftigen ...

In diesem Sinne bitte ich euch, zu dieser Richtungswahl zu gehen und werbe erneut um eure Stimme.

Mit solidarischen Grüßen,
Eure

Nezahat

INHALT

Weit über den Wahltag hinaus ...	1
Staatsschutz der Polizei Hagen ermittelt	4
Besucherguppe im Deutschen Bundestag	5
Im Dialog mit der heimischen Wirtschaft	6
Besuch im SOS-Kinderdorf in Lüdenscheid	7
Schloss Neuenhof: Gemeinsam Zukunft sichern!	8
KfW: Starke Förderung für unsere Region – Und Müller redet in Rätseln	9
DOWNLOAD: Reformvorschläge oder Steuergeschenke? Die Wahlprogramme 2025 auf dem Prüfstand	10
Heimische Unternehmen auf der Grünen Woche	11
Gute Pflege darf kein Luxus sein!	12
Besuch bei der GFO-Tagespflege Sophia in Hünsborn	12
Mein erstes Speeddating	13
Landwirte und Bundestagskandidaten an einem Tisch	14
Stärkung der Türkisch-Deutschen Zusammenarbeit	16
Im Kampf gegen den Eierstockkrebs	17
Ein Tag im Bundestag – Ein Blick hinter die Kulissen	18
An Arbeit mangelt es nie	19
Wahlkampf-Impressionen	20

Staatsschutz der Polizei Hagen ermittelt

Reifen zerstochen

War es ein politischer Akt? Davon bin ich überzeugt. Was war passiert? Unmittelbar vor dem Jahreswechsel, damals also rund zwei Monate vor der Bundestagswahl am 23. Februar, wurden die Reifen meines Autos von Unbekannten mutwillig zerstochen und die Felgen beschädigt. Ich habe sofort Strafanzeige erstattet und der Staatsschutz der Polizei Hagen hat die Ermittlungen aufgenommen. Zeugen können sich übrigens auch an die Polizei in Olpe wenden. Diese nimmt Hinweise unter der Telefonnummer 02761/92690 entgegen.



Bereits im Vorfeld der letzten Bundestagswahl musste ich mich mit Sachbeschädigungen auseinandersetzen, die gegen mich gerichtet waren. Im Frühjahr 2020 wurde der Briefkasten meines Wahlkreisbüros in der Niedersten Straße in Attendorn herausgerissen und die Büros in Attendorn und Lüdenscheid beschmiert. Schon damals war eines Tages die Luft aus den Autoreifen raus.

Das – neben dem persönlichen Schaden – gesellschaftlich Fatale an der ganzen Sache wiegt schwer: Wie sollen sich Menschen für Politik begeistern, wenn Politikerinnen und Politiker, egal ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, zur Zielscheibe von Angriffen und Anschlägen werden? Es ist kein Zufall, dass so viele Bundestagsabgeordnete nicht mehr kandi-

dieren. Auch in der Kommunalpolitik ist die Frustration groß. Wer hat unter diesen Umständen noch Lust, in unserer Demokratie Politik zu machen und zu gestalten?

Wie sollen sich Menschen für Politik begeistern, wenn Politikerinnen und Politiker, egal ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, zur Zielscheibe von Angriffen und Anschlägen werden?

Besuchergruppe im Deutschen Bundestag



Ende Januar hatte ich die Freude, eine Besuchergruppe aus dem südlichen Märkischen Kreis im Deutschen Bundestag willkommen zu heißen. Gemeinsam tauchten wir in die parlamentarische Arbeit ein und sprachen über die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen, denen wir uns im Bundestag stellen. Besonders gefreut hat mich die lebhafteste Diskussion mit den Teilnehmenden, bei der viele spannende Fragen aufkamen – von Gesundheits- und Europapolitik bis hin zu aktuellen Themen wie der Migrationspolitik, die derzeit den politischen Alltag prägen.

Ein absolutes Highlight des Besuchs war der Fototermin unter der gläsernen Kuppel des Reichstagsgebäudes, der wie immer für unvergessliche Eindrücke sorgte. Doch damit nicht genug: Ein weiteres besonderes Erlebnis war das kurze Treffen der Gruppe mit unserem SPD-Generalsekretär Matthias Miersch. Zusätzlich gab es eine besondere Überraschung: Meine beiden Mitarbeiter Walter Sinzig und Reinhard Jung, MdL a.D., hatten die Gelegenheit, ein kurzes Gespräch mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zu führen – ein Moment, das diesen Tag für alle Beteiligten noch außergewöhnlicher machte.

Der Besuch in Berlin ging für die Gruppe noch weiter. Auf dem Programm standen unter anderem noch ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Gesundheit und ein Besuch in Berlin-Hohenschönhausen. Diese abwechslungsreichen Programmpunkte bieten den Teilnehmenden weitere spannende Einblicke in die politische Arbeit und die historische Dimension unserer Hauptstadt.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei Walter und Reinhard bedanken, die diese Fahrt nicht nur organisiert, sondern die Gruppe wie immer kompetent und unterhaltsam begleitet haben. Sie haben es geschafft, den Teilnehmenden ein einmaliges Erlebnis zu ermöglichen – und das in dieser Wahlperiode zum letzten Mal. Vielen Dank für eure großartige Arbeit und euren unermüdlichen Einsatz!

Dieser Besuch im Bundestag hat wieder einmal gezeigt, wie wichtig der direkte Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik ist. Die lebhaften Gespräche und interessierten Nachfragen motivieren mich in meiner täglichen Arbeit. Gerade jetzt ist es wichtig, den politischen Betrieb erlebbar zu machen.

Im Dialog mit der heimischen Wirtschaft

Während die Bundestagswahl näher rückt und die politische Arbeit in Berlin weitergeht, nehme ich mir bewusst Zeit für Gespräche mit Unternehmen aus der Region. Dabei geht es um die Herausforderungen und Erfolge der Betriebe – aber auch um politische Rahmenbedingungen, die Wirtschaft und Arbeitsplätze sichern sollen.

Nach meinem Besuch bei der Firma Alberts in Herscheid führte ich Unternehmensgespräche in Lüdenscheid und Schalksmühle fort. Bei der **Wenz Kunststoff GmbH & Co. KG** in Lüdenscheid zeigte Karsten



Weller, dass auch kleinere Unternehmen als “Hidden Champions” entscheidend zur Innovationskraft der Region beitragen. Das Unternehmen hat sich von einem Händler zu einem Entwickler maßgeschneiderter Kunststofflösungen gewandelt. Unter dem Motto „Aus alt macht neu“ werden nachhaltige und kosteneffiziente Unternehmensstrukturen geschaffen. Eine zentrale Herausforderung, die ich aus dem Gespräch mitnehme: Der Fachkräftemangel bremst das Wachstum vieler Unternehmen.

Auch beim Besuch der **Seeberger GmbH** in Schalksmühle, gemeinsam mit dem dortigen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Hajo Kapfer, gab es wertvolle Ein-

blicke. Seit 1983 produziert das Familienunternehmen hochwertige Rohrprodukte für Branchen wie die Automobilzulieferindustrie, Medizintechnik und Luft- und Raumfahrt. Der kaufmännische Leiter Frank Schillo und Inhaber Frank Seeberger machten deutlich, welche politischen Rahmenbedingungen es braucht: Ein fairer Industriestrompreis und Steuererleichterungen stehen ganz oben auf der Wunschliste. Besonders stolz ist das Unternehmen auf seine Belegschaft: 40 Prozent der 95 Mitarbeitenden sind zugewandert und gut integriert, zudem liegt der Frauenanteil ebenfalls bei 40 Prozent.

Ich nutzte die Gespräche, um meine Forderung nach einem „Made in Germany Bonus“ zu bekräftigen. Unternehmen, die in den Standort Deutschland investieren, sollen steuerlich entlastet werden. Zudem setze ich mich für einen Deutschlandfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro ein, um mit staatlichem und privatem Kapital gezielt die Wirtschaft zu stärken.

Südwestfalen ist die stärkste Industrieregion in NRW. Damit sie international wettbewerbsfähig bleibt und sichere Arbeitsplätze schafft, braucht es gezielte staatliche Investitionsförderungen.

Besuch im SOS-Kinderdorf in Lüdenscheid



Trotz zahlreicher Wahlkampftermine und Sitzungen im Bundestag nahm ich mir Zeit für einen Besuch im SOS-Kinderdorf Sauerland in Lüdenscheid. Dort werden derzeit rund 200 Kinder in zwei Kindergärten betreut, 100 von ihnen wohnen direkt im Dorf.

Einrichtungsleiterin Christine Dömer machte deutlich, dass der Bedarf an kurzfristiger Unterbringung von Kindern stetig wächst – doch der Fachkräftemangel stellt die Einrichtung vor große Herausforderungen.

Ich wies darauf hin, dass finanzielle Engpässe nicht zulasten der Kinder gehen dürfen: „Kinder sind unsere Zukunft – hier zu sparen, wäre fatal.“ Ich begrüßte die Bemühungen des SOS-Kinderdorfs, über Quereinsteigerprogramme zusätzliches pädagogisches Personal zu gewinnen.

Zum Abschluss des Besuchs nahm ich eine Kartensammlung mit Wünschen der SOS-Kinderdörfer an die Bundestagskandidaten entgegen – ein klares Signal, dass die Anliegen von Kindern und Familien in der Politik mehr Gehör finden müssen.

Schloss Neuenhof: Gemeinsam Zukunft sichern!

In der Vergangenheit habe ich mich sehr für dieses Projekt eingesetzt und dazu das Schloss und seinen Eigentümer Gabriel von dem Bussche regelmäßig besucht. Nun gibt es ein Ergebnis: Ich freue mich riesig, dass wir für die dringend nötige Dachsanierung des südlichen Wirtschaftsgebäudes am Schloss Neuenhof gleich mehrere starke Förderpartner gewinnen konnten. Aus dem Sonderprogramm des Bundes stellen wir rund 310.000 Euro zur Verfügung – damit setzen wir ein wichtiges Signal für den Erhalt dieses barocken Kulturguts im märkischen Sauerland. Das barocke Wasserschloss im idyllischen Elspetal ist auch ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bürgerinnen und Bürger aus Lüdenscheid und Umgebung und – auch vor dem Hintergrund der gesperrten A 45 – wichtiger denn je für eine ortsnahe Möglichkeit der Entspannung. Es gehört zum Märkischen Gesicht des Sauerlandes.

Ergänzt werden diese Bundesmittel durch 150.000 Euro der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Insgesamt belaufen sich die Kosten für den ersten Bauabschnitt auf rund 600.000 Euro. Mit der Sanierung stellen wir sicher, dass dieses beeindruckende Baudenkmal auch in Zukunft zeitgemäß genutzt werden kann, ohne seinen historischen Charme zu verlieren.

Schloss Neuenhof ist nicht nur ein wichtiges Kulturgut, sondern auch ein Ort der Naherholung, der von Bür-



gerinnen und Bürgern aus Lüdenscheid und Umgebung gerne besucht wird.

Es freut mich sehr, dass es hier so gut vorangeht. Das zeigt auch, was möglich ist, wenn Bund, Stiftungen und private Eigentümer an einem Strang ziehen, um unser kulturelles Erbe zu schützen und zu erhalten. Ich bin gespannt auf die weiteren Schritte und werde den Fortschritt mit Freude begleiten!



KfW: Starke Förderung für unsere Region – Und Müller redet in Rätzeln

60 Mio. € für den Kreis Olpe, 113,6 Mio. € für den Märkischen Kreis!

Gute Nachrichten für unsere Heimat: Die KfW hat 2024 insgesamt 60 Millionen Euro in den Kreis Olpe und 113,6 Millionen Euro in den Märkischen Kreis investiert. Damit werden Unternehmen bei Innovationen und Investitionen unterstützt, Familien beim Erwerb oder der Modernisierung von Wohneigentum entlastet und die Energiewende vorangetrieben.

Private Haushalte profitieren besonders:

- 37 Mio. € (Olpe) | 74,7 Mio. € (MK) für klimafreundliches Wohnen & Leben
- 5 Mio. € (Olpe) | 7,7 Mio. € (MK) für energieeffiziente Häuser

Die Stärkung der **Wirtschaft** beläuft sich auf 18,3 Mio. € im Kreis Olpe und 32,3 Mio. € im Märkischen Kreis für Unternehmen, Gründungen & Innovationen.

Diese anhaltend hohe Fördernachfrage beweist, dass die KfW einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Region leistet. Gleichzeitig sorgen aber innerparteiliche Differenzen innerhalb der CDU für Unklarheit. Deutlich wird dies an den Pressemitteilungen zur Förderung des Märkischen Kreises, der zu zwei Bundestagswahlkreisen gehört: Während Paul Ziemiak (Iserlohn) die Bedeutung der KfW betont und die Entwicklung der Förderquoten positiv bewertet, zeichnet sein Parteikollege Florian Müller (Olpe) ein ganz anderes Bild und beklagt unter anderem einen Rückgang der Investitionen für Unternehmen und Kommunen.

Für die Menschen und Unternehmen bei uns vor Ort ist dieses Hin und Her nur schwer nachvollziehbar. Außerdem habe ich den Eindruck, dass Florian Müller offensichtlich nicht versteht, wie die Fördersummen der KfW in den letzten Jahren zustande gekommen sind:

So sollten Maßnahmen wie der Schnellkredit 2020, oder auch die zeitlich begrenzte Soforthilfe Gas und Wärme über akute Herausforderungen hinweghelfen, die durch die Corona-Pandemie sowie die aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gestiegenen Energiekosten entstanden. Müller muss die Bundesregierung nicht loben, sollte bei seiner Kritik aber redlich bleiben.

Dazu müsste er auch sagen, wo das Geld herkommen soll, wenn er günstigere Kreditkonditionen und mehr Fördermittel durch die KfW will. Einerseits ist er ein Verfechter der Schuldenbremse, stimmt gegen den Bundeshaushalt und liefert keine konkreten Ideen, wie die dringend notwendigen Investitionen sonst finanziert werden sollen. Andererseits rühmt er sich bei der Übergabe von Förderbescheiden als großer Förderer der Region.

Dazu passen auch die erheblichen Finanzierungslücken im Wahlprogramm der CDU. Diese Rechnung geht einfach nicht auf. Wer bei sinkenden Staatseinnahmen gleichzeitig Milliarden in Infrastruktur und Wirtschaft investieren will, muss sagen, woher das Geld kommen soll ([s. Grafik auf der nächsten Seite!](#))

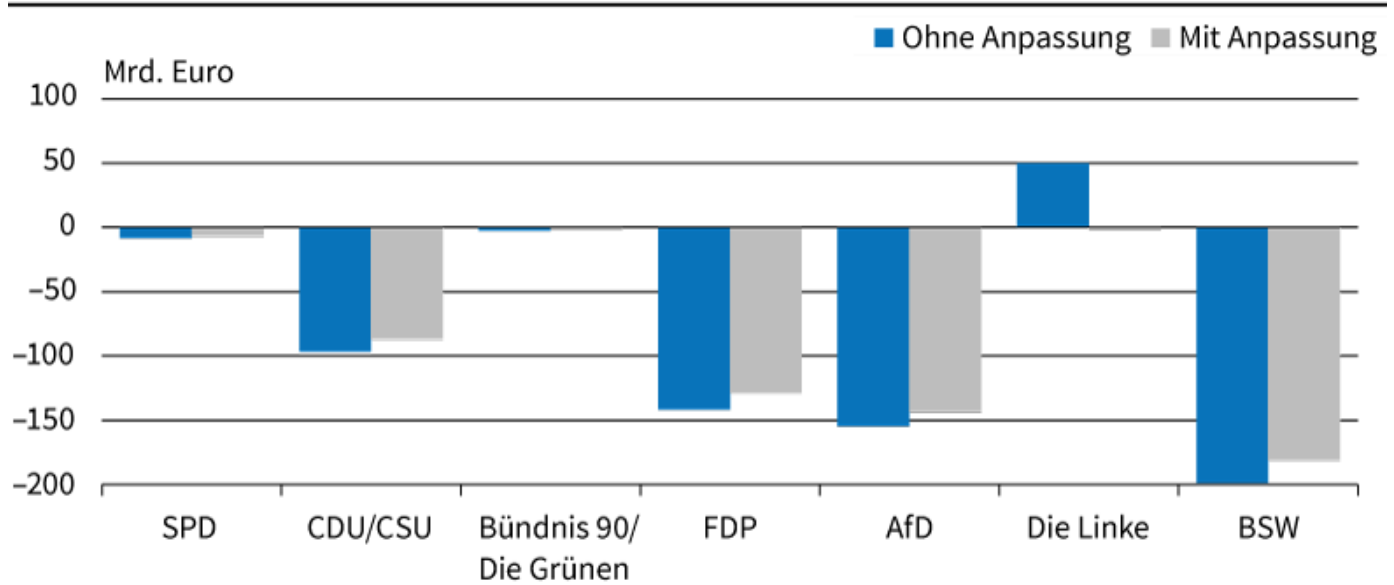




DOWNLOAD: Reformvorschläge oder Steuergeschenke? Die Wahlprogramme 2025 auf dem Prüfstand

Abb. 1

Fiskalische Effekte, Veränderung in Mrd. Euro^a



^a Budgetwirkung im Vergleich zum Status quo. Positive Werte bedeuten eine Entlastung, negative eine Belastung des Budgets.

Quelle: SOEP v39; ifo Mikrosimulationsmodell.

© ifo Institut

Tab. 1

Fiskalische Effekte^a

Partei	Ohne Anpassung		Mit Anpassung		Eigenfinanzierungsquote (%)
	Mrd. Euro	als Kopfpausch.	Mrd. Euro	als Kopfpausch.	
SPD	-8,4	123	-6,9	101	17,9
Union	-96,7	1426	-87,3	1287	9,7
Grüne	-2,5	37	-1,3	19	48,0
FDP	-141,7	2090	-129,2	1906	8,8
AfD	-154,6	2279	-143,6	2117	7,1
Die Linke	49,8	-734	-1,7	25	(-103,4)
BSW	-198,7	2931	-181,2	2673	8,8

^a Budgetwirkung im Vergleich zum Status quo. Positive Werte bedeuten eine Entlastung, negative eine Belastung des Budgets (in Euro/Jahr). Die Kopfpauschale (in Euro/Jahr) errechnet sich aus den Gesamtkosten, geteilt durch die Anzahl an Erwachsenen, die in Deutschland lebt.

Quelle: SOEP v39; ifo Mikrosimulationsmodell.

© ifo Institut

Heimische Unternehmen auf der Grünen Woche

Gemeinsam mit meinem Büro habe ich zum Auftakt der Berliner Sitzungswoche die Grüne Woche besucht. Seit fast 100 Jahren bietet das Messespektakel von einer Blumenhalle, über einen Erlebnisbauernhof bis hin zu Essensmärkten auf über 119 Tausend Quadratmetern alle erdenklichen Produkte, Innovationen und Ideen in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau.

Dieses Jahr waren mehrere heimische Unternehmen aus Attendorn vertreten. Die Rotel GmbH und die Simply Best GmbH haben in der Messehalle für Haushaltsgeräte ihre Bügeleisen präsentiert. Zwar habe



ich mir kein neues Bügeleisen gekauft, dafür aber Bambustücher als kleine Kaufunterstützung am Partnerstand nebenan.

Nächstes Jahr feiert die Grüne Woche ihr 100-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung im Berlin der Goldenen Zwanziger im Jahr 1926 hat sich die Grüne Woche zu einem internationalen Ereignis entwickelt, das Aussteller und Besucher aus aller Welt anzieht. Schön, dass Westfalen hier auch vertreten ist!



Gute Pflege darf kein Luxus sein!

Besuch bei der GFO-Tagespflege Sophia in Hünzburg

Die GFO-Tagespflege Sophia in Hünzburg bietet Seniorinnen und Senioren nicht nur Betreuung, sondern auch Gemeinschaft, Aktivität und Förderung der Selbstständigkeit. Davon konnte ich mich gemeinsam mit Genossinnen und Genossen des SPD-Ortsvereins Wenden bei einem Besuch überzeugen.

Pflegedienstleiterin Iris Barbi und Fachbereichsleiter Winfried Schönauer führten uns durch die barrierefreie Einrichtung, die seit knapp einem Jahr in Betrieb ist. Die Tagespflegegäste finden hier helle und freundliche Gemeinschafts- und Ruheräume sowie ein großzügiges Bad vor. Die Wände sind teilweise mit Kunstwerken der Tagespflegegäste gestaltet. Eine Außenanlage lädt ab dem Frühjahr zum Aufenthalt an der frischen Luft ein.

Schön ist, dass alle Angebote des Hauses, vom Gedächtnistraining über Singen bis hin zu sportlichen Aktivitäten, nicht verpflichtend, sondern freiwillig sind. Regelmäßige Besuche des Kindergartens aus der Nachbarschaft, des Diakons oder der örtlichen Chöre sorgen für Abwechslung. Diese Vielfalt ist für

viele ein Hauptgrund, die Tagespflege zu besuchen, denn die durchaus fiten Seniorinnen und Senioren schätzen die Geselligkeit und das Miteinander.



Vorne von links: Boris Eberlein, Bundestagsabgeordnete Nezahat Baradari, Jutta Hecken-Defeld und Sibille Niklas. Hinten von links: Fachbereichsleiter Winfried Schönauer und Pflegedienstleiterin Iris Barbi

Besonders beeindruckend: der digitale Gesundheitspiegel, der zur geistigen und körperlichen Fitness beiträgt – allerdings ist die Finanzierung mit Kosten von 10.000 Euro eine Herausforderung, für die noch nach Lösungen gesucht wird.

Ein wertvolles Angebot für die Gemeinde Wenden, das mehr Aufmerksamkeit verdient. Gute Unterhaltung darf kein Luxus sein! Übrigens: Wer eine Tischtennisplatte spenden möchte, kann sich direkt an die Tagespflege Sophia wenden!

Mein erstes Speeddating

Intensiv-Wahlkampf im Begegnungscafé Navi



Es war ein ungewöhnliches Wahlkampfformat, und es hat Spaß gemacht: Die AG Wohlfahrt im Märkischen Kreis und das Bündnis für Demokratie in Lüdenscheid gaben den heimischen Bundestagskandidaten der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien im Begegnungscafé Navi eine Bühne. Die AfD hatten die Veranstalter bewusst nicht eingeladen.

Rund 80 Gäste waren der Einladung gefolgt, und sie waren ganz nah an den Kandidaten. Es gab fünf Tische und fünf Themen: Migration/Integration, Zukunftsinvestitionen, Arbeitsmarkt/Soziale Sicherung, Kinder/Jugend/Familie und Gesundheit/Pflege. Jeder Kandidat verbrachte 15 Minuten an einem Tisch, jedes Mal in anderer Zusammensetzung –

ein wirklich tolles, frisches Format, um direkt mit den Wählerinnen und Wählern ins Gespräch zu kommen und Sorgen, Kritik und Verbesserungsvorschläge zu hören.



Landwirte und Bundestagskandidaten an einem Tisch

Wenige Tage vor der Wahl hatten ich und weitere Bundestagskandidaten aus unserem Wahlkreis noch einmal die Gelegenheit, mit den Vorständen der Kreisbauernschaften Olpe und Märkischer Kreis über ihre Vorstellungen zur Zukunft der Landwirtschaft im Sauerland zu diskutieren. Im Landhotel Sangermann

in Olpe Oberveischede stellten wir uns den klaren Forderungen der heimischen Bauernfamilien an eine neue Bundesregierung. Dabei ging es um die Kernthemen „Zukunft der Tierhaltung“, „ländlicher Raum“ und „Bürokratieabbau“. Über zwei Stunden tauschten wir uns über sinnvolle Möglichkeiten zur Stärkung der Familienbetriebe im Sauerland aus.



Die heimischen Landwirte mit mir (vorne, 2.v.l.), Florian Müller (vorne, 4.v.l.) und Matthias Koch (vorne r.).



Kommen Sie mit uns ins Gespräch!

DONNERSTAG
20.02.
18.30
KULTURBAHNHOF
HALVER



- **Wirtschaft**
- **Arbeit**
- **Gesundheit**

**Nezahat
Baradari**

MdB

SPD Soziale
Politik für
Dich.

ORTSVEREIN HALVER

Kommt mit uns ins Gespräch

Informationsveranstaltung der SPD Halver mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Nezahat Baradari am 20.02.2025 in Halver

Hiermit laden wir euch zu einer spannenden Informationsveranstaltung ein: Am **Donnerstag, 20.02.2025**, wollen wir im **Kulturbahnhof Halver, Bahnhofstr. 19**, mit unserer SPD-Bundestagsabgeordneten und -kandidatin für die Bundestagswahl in wenigen Ta-

gen, Nezahat Baradari, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Halver ins Gespräch kommen. Ab **18.30 Uhr** kann dort auf Augenhöhe das direkte Gespräch zu Themen aus Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit gesucht werden, die den Menschen auf dem Herzen liegen und für unser Land wichtig sind. Bitte schaut vorbei, wenn ihr Zeit und Gelegenheit habt. **Wir freuen uns auf euer Kommen und auf spannende Gespräche mit euch und den Bürgerinnen und Bürgern**

Stärkung der Türkisch-Deutschen Zusammenarbeit

Neujahrsempfang der Türkisch-Deutschen Unternehmervereinigung in Berlin

Auf Einladung von Remzi Kaplan, dem Vorsitzenden der Türkisch-Deutschen Unternehmervereinigung (TDU), durfte ich an dem Neujahrsempfang in Berlin teilnehmen. Der scheidende Botschafter der Türkischen Republik in Deutschland, Ahmet Başar Şen, sowie der Berliner Bürgermeister Kai Wegner hielten Grußworte.

Der Abend bot für mich in schöner Atmosphäre eine gute Gelegenheit, Gespräche über die wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands und der Türkei, über den Austausch von Fachkräften und über die derzeitige politische Stimmung in Deutschland zu führen.

Die TDU wurde 1996 von 28 Unternehmern türkischer Herkunft in Berlin gegründet. Mittlerweile hat der Ver-



ein 280 deutsche und türkische Mitglieder. Sie sind in fast allen Wirtschaftsbranchen tätig und repräsentieren somit die gesamte Bandbreite Unternehmerspektrums von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Unter dem Motto „Gemeinsam. Verbinden. Erfolg“ können die Aktivitäten der TDU auf ihrer [Webseite](#) verfolgt werden.

Im Kampf gegen den Eierstockkrebs

Ganzheitliche Ansätze für Diagnose, Therapie und Nachsorge für Frauen

Jedes Jahr erkranken über 7.000 Frauen an Eierstockkrebs. Er wird häufig erst in einem späten Stadium entdeckt und ist unter den gynäkologischen Krebserkrankungen die mit der höchsten Todesrate. Auf Einladung des Tagesspiegel haben wir über ganzheitliche Ansätze für Diagnose, Therapie und Nachsorge für Frauen gesprochen.

Mit dabei waren: Nina Gräf-O'Conner, Betroffene und Vertreterin des Vereins für Gynäkologische Krebserkrankungen Deutschland e.V.; Prof. Jalid Sehouli Direktor der Klinik für Gynäkologie mit Zentrum für onkologische Chirurgie Charité Campus Virchow-Kli-

nikum an der Charité Berlin und Viviane Petermann, Business Unit Director Oncology von Abbvie.

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu diesem frauenpolitisch wichtigen Thema. Solche Veranstaltungen helfen sehr, sich zu vernetzen und wichtige Stellschrauben für die Politik zu identifizieren. Für mich hat sich bestätigt: Eine frühe Diagnose von Eierstockkrebs bei Frauen verbessert ihre Überlebenschancen erheblich. Dazu müssen wir das Präventionsgesetz in der kommenden Legislaturperiode dringend angehen! Außerdem muss das geplante Bundesinstitut für Prävention, Aufklärung und Medizin hier eine aktive Rolle übernehmen.



Foto: Tagesspiegel

Ein Tag im Bundestag – Ein Blick hinter die Kulissen

Wie sieht eigentlich ein typischer Arbeitstag einer Bundestagsabgeordneten aus? Warum gibt es im Bundestag so viele Bürogebäude? Und wie viele Abgeordnete sitzen tatsächlich im Parlament?

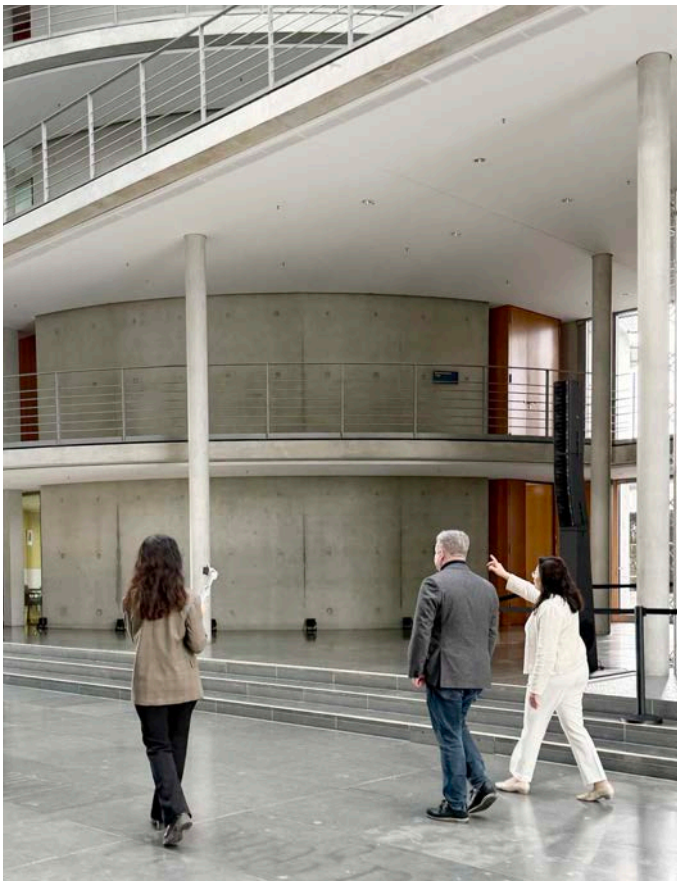
Diese spannenden Fragen hat mir der türkischsprachige Journalist Oktan Erdikmen gestellt, als ich ihn kürzlich durch den Bundestag geführt habe. Während unseres Rundgangs haben wir nicht nur die beeindruckende Architektur und Geschichte des Parlaments besprochen, sondern uns auch über aktuelle politische Themen ausgetauscht.

Falls ihr euch auch fragt, wie mein Alltag als Bundestagsabgeordnete aussieht, welche Aufgaben ich

übernehme und wie ein Arbeitstag zwischen Plenarsitzungen, Ausschüssen und Wahlkreisarbeit aussieht – schreibt es gern in die Kommentare! Ich freue mich darauf, eure Fragen zu beantworten und euch noch mehr Einblicke in meine Arbeit zu geben.

Oktan Erdikmen hat zu seinem Besuch bei mir bereits ein erstes Video veröffentlicht. Darin zeige ich ihm den Andachtsraum des Bundestages – einen Ort der Stille und Besinnung mitten im politischen Alltag. [Das Video ist auf Türkisch und ihr findet es auf Instagram.](#)

Bleibt gespannt – vielleicht folgen bald noch weitere Einblicke hinter die Kulissen!



An Arbeit mangelt es nie

Besuch in der Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Kinderschutzbundes

Am 24. Januar reiste ich nach Berlin, um als Mitglied des Vorstandes des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) an der jährlichen Klausurtagung des Bundesvorstandes teilzunehmen. Der Kinderschutzbund versteht sich selbst als Lobbyverband der Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Und gerade den Jüngsten fehlt es in Berlin oft an einer Lobby fehlt – das treibt mich als Abgeordnete an und das führte auch zu meinem Engagement für den DKSB. Der Verband macht auf die Belange und besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufmerksam und deckt dabei ein breites Politikfeld ab – von der Familienpolitik bis zur Sport-, Arbeits-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. Man kann sich denken: An Arbeit mangelt es nie.

Kinderrechtskonvention der UN von 1989 ist dem Verband ein großes Anliegen.

Thema der Klausur war aus politischer Sicht vor allem ein Rückblick und Ausblick: Was ist in der 20. Legislaturperiode gelungen, was muss in der kommenden in Angriff genommen werden? Die Kindergrundsicherung ist leider gescheitert, die Kinderrechte sind erneut nichts ins Grundgesetz aufgenommen. Beides sind Ziele, die mit absehbar konservativen Mehrheiten nach der kommenden Wahl noch schwieriger zu erreichen sein werden. Aber es ist klar: Aufgeben gilt nicht!

Übrigens: Auch hier im Wahlkreis ist der Kinderschutzbund präsent. Der DKSB Ortsverband Lüdenscheid ist eine Anlaufstelle für Lüdenscheider Kinder und Familien. Der Ortsverband betreibt ein Spiel- und Jugendmobils und bietet zum Beispiel Elternkurse und Kurse für Kinder von psychisch erkrankten Eltern. Außerdem organisiert er jährliche Veranstaltungen in Lüdenscheid. Darüber hinaus ist der DKSB Lüdenscheid seit 2016 Träger der KiTa Regenbogen.

In Olpe bildet der DKSB einen Kreisverband. Der organisiert unter anderem ein Lernpatenprojekt, unterstützt bedürftige Kinder mit einer jährlichen Weihnachtsgeschenk-Aktion, finanziert Schwimmkurse und organisiert Feriencamps und Fahrten zu besonderen Ausflugszielen.



Foto: master1305/AdobeStock

Der Verband hat 50.000 Einzelmitglieder und ist damit der mitgliedstärkste Kinderschutzbund in Deutschland. Er besteht aus dem Bundesverband, 16 Landesverbänden und 430 Orts- und Kreisverbänden. Gegründet wurde er schon 1953. Der Bundesverband deckt die Verbandsarbeit in Berlin ab und hält den Kontakt zu anderen relevanten Bundesverbänden, dem Bundestag und natürlich den Ministerien und der Regierung. Insbesondere die Umsetzung der

Es ist toll, dass sich in ganz Deutschland so viele Ehrenamtliche vor Ort für die Belange von Kindern einsetzen – und es ist schön, mit dem DKSB auf Bundesebene einen Verbündeten zu haben, der sich mit mir für ihre Rechte und Bedürfnisse einsetzt.

Der DKSB finanziert sich über Spenden. Wer spenden möchte, findet hier die Möglichkeit:

- [DKSB Stadtverband Lüdenscheid](#)
- [DKSB Kreisverband Olpe](#)



Wahlkampf- Impressionen



Wahlkampfauftakt



Von Tür zu Tür hier in Olpe



Vor dem Thyssenkrupp-Gelände in
Finnentrop



Beim Alevitenverein in Lüdenscheid



Wahlkampf- Impressionen



Auf dem Marktplatz in Olpe



Von Tür zu Tür..., hier in Lüdenscheid



Veranstaltung der SIHK



Speeddating in Lüdenscheid



Wahlkampf- Impressionen



Diskussionrunde beim Waldbauernverband



Ein TV-Team des WDR



Mit Sigmar Gabriel bei Viega



Mit Andrea Nahles bei der IHK Kreis Olpe